

Krieg verstehen, um ihn abschaffen zu können.

Internationaler Workshop zu veränderten Dynamiken der Kriegführung



V.l.n.r.: Kevin Nausch (IFSH), Walter Feichtinger (Landesverteidigungsakademie Wien), Felix Wassermann (Humboldt-Universität Berlin), Pavel Felgenbauer (Carnegie Foundation Moskau), Hans-Georg Ehrhart (IFSH).

Karl W. Deutsch sagte vor über 50 Jahren, dass man Krieg verstehen müsse, um ihn abschaffen zu können. Diese Aussage gilt bis heute. Darum veranstaltete das IFSH am 11./12. Mai 2017 einen von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderten internationalen Workshop zum Thema "Sliding out of control? Consequences of changes in warfare by major military powers from the 'Global North' for the containment of warfare."

Das erste Panel behandelte die Kriege in Mali, der Ukraine und in Syrien. **Hans-Georg Ehrhart** (IFSH) befasste sich mit den Kriegspraktiken und -treibern in Mali. **Pavel Felgenbauer** (Carnegie Foundation, Moskau) behandelte die Rolle Russlands im Ukraine Konflikt. **Walter Feichtinger** (Landesverteidigungsakademie Wien) gab ei-

nen Überblick über die vertrackte Lage in Syrien. Das zweite Panel analysierte verschiedene Militärdoktrinen. **David Ucko** (National Defence University, Washington) setzte sich mit der amerikanischen Nutzung irregulärer Kriegführung auseinander. **Johann Schmid** (IFSH/Bundeswehr) analysierte die hybride Kriegführung Russlands in der Ukraine. **Elie Tenenbaum** (IFRI, Paris) gab einen historischen Überblick über die Entwicklung der französischen Doktrin und Praxis der Aufstandsbekämpfung. Das dritte Panel fokussierte auf technologische Dynamiken moderner Kriegführung. **Mika Kerttunen** (Cyber Policy Institute, Tartu) befasste sich mit der Rolle des Cyberraums, **Niklas Schörnig** (HSFK) mit der Rolle von Drohnen und autonomen Robotern. Das vierte Panel diskutierte Perspektiven der Kriegführung und die sich wandelnden Grenzen zwischen Krieg und Frieden. **Hakan Gunneriusson** (Swedish Defence University) erörterte diese am Beispiel der russischen Kriegführung. **Rob Johnson** (Oxford University) diagnostizierte eine weitere Schwächung internationaler Institutionen. **Anne Dienelt** (Universität Hamburg) untersuchte die völkerrechtlichen Konsequenzen neuer Formen der Kriegführung. Eine von vielen Schlussfolgerungen des Workshops lautete, dass die Regierungen den Wert des Rechts wieder stärker anerkennen und aufhören sollten, das Völkerrecht durch opportunistische und destabilisierende Praktiken weiter zu untergraben. Siehe auch <<http://www.bundesstiftung-friedensforschung.de/index.php/17-details-foerderprofil/464-brzoska-tg>>.

Kontakt:

Michael Brzoska | Hans-Georg Ehrhart

brzoska@ifsb.de | ebrhart@ifsb.de

Wie lässt sich Gewalt bändigen, wenn die kooperative Weltordnung zerfällt?

Die nach 1989 erkennbare Bereitschaft zur internationalen Zusammenarbeit wird von neuer geopolitischer Mächt Konkurrenz verdrängt. In ihrem Schatten breitet sich Massengewalt straflos aus. Grund für das Friedensgutachten 2017 zu fragen: „Welche Strategien und Instrumente taugen, um Gewaltexzesse wie die in Syrien zu verhindern?“

Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf deutschen Institute für Friedens- und Konfliktforschung. Gefördert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) wird es 2017 herausgegeben von **Bruno Schoch** (HSFK), **Andreas Heinemann-Grüder**



Friedensgutachten 2017 in Berlin vorgestellt.

Das Herausgeber-innenteam auf der Bundespressekonferenz in Berlin am 30. Mai 2017. V.l.n.r. Margret Johannsen (IFSH), Jochem Hippler (INEF), Corinna Hauswedell (FEST), Andreas Heinemann-Grüder (BICC), Bruno Schoch (HSFK)



(BICC), *Corinna Hauswedell* (FEST), *Jochen Hippler* (INEF) und *Margret Johannsen* (IFSH). Die Aufsätze aus dem IFSH verfassten *Michael Brzoska*, *Margret Johannsen* und *Götz Neuneck*.

In ihrer Stellungnahme fordern die Herausgeber/-innen eine internationale Debatte über Schutzzonen. Deutsche Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien aber auch in die Türkei verurteilen die Herausgeber angesichts der Konflikte in der Region scharf. Deutliche Kritik üben sie an der Forderung nach höheren Militärausgaben und stellen fest: „Die EU gibt nicht zu wenig Geld für Militär aus, sondern sie gibt es falsch aus. Deutschland sollte davon Abstand nehmen, seinen Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttosozialprodukts zu steigern, da die Begründung dafür fehlt und mehr Militärausgaben nicht mehr Sicherheit bedeuten. Wir fordern, dass die EU die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu einer Krisenpräventionsagenda ausbaut. Sie sollte neue Abrüstungsinitiativen ergreifen, erhebliche Mittel für den Aufbau von Mediationskapazitäten und Stabilisierung mobilisieren sowie UN-Friedensmissionen engagierter als bisher kollektiv unterstützen.“

Die Herausgeber/-innen stellten das Friedensgutachten 2017 am 30. Mai auf der Bundespressekonferenz vor und erörterten es anschließend mit Bundestagsabgeordneten auf Fraktionsebene und in mehreren Ausschüssen, in der Auslandsabteilung des Bundespräsidialamts, im Planungsstab des Auswärtigen Amts, im Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Rahmen des Sicherheitspolitischen Dialogs des Verteidigungsministeriums sowie mit Vertreter/-innen von Pax Christi/Weltfriedensdienst.

Das „Abendforum in der Friedrichstadtkirche“ der Evangelischen Akademie zu Berlin war dem Schwerpunkt des diesjährigen Friedensgutachtens gewidmet. Moderiert von *Katharina Lack* (SWP) diskutierten *Ekkehard Brose*, Beauftragter für zivile Krisenprävention und Stabilisierung im Auswärtigen Amt, *Andreas Heinemann-Grüder* (BICC), *Tbilo Maraubn* (Universität Gießen und HSFK) und *Esther Saoub* (SWR / ARD) politische, ethische und völkerrechtliche Aspekte der Frage „Aleppo und Mossul – lassen sich Massenverbrechen verhindern, wenn die kooperative Weltordnung zerfällt?“

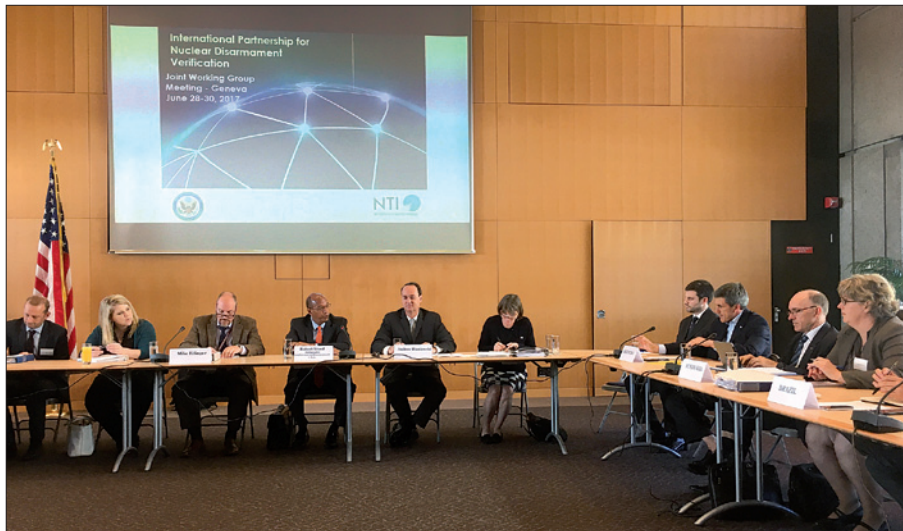
Das neue Friedensgutachten war für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) Anlass für eine Podiumsdiskussion, um Optionen einer neuen Ostpolitik zu erörtern. Moderiert von *Stefan Meister* (DGAP) und *Bruno Schoch* (HSFK) debattierten *Gernot Erler*, *MdB*, *Manfred Sapper* („Osteuropa“), *Hans-Joachim Spanger* (HSFK) und *Wolfgang Zellner* (IFSH) unter dem Titel „Neue Ostpolitik – entspannen, eindämmen, abschrecken?“ über eine Neuaufstellung der deutschen und EU-Ostpolitik. Siehe auch <<https://dgap.org/de/node/29638>> und <www.friedensgutachten.de>

Kontakt: *Margret Johannsen*

johannsen@ifsb.de

Verifikation nuklearer Abrüstung IPNDV in der Endphase

IPNDV steht für „International Partnership for Nuclear Disarmament Verification“; die Initiative wurde 2014 vom U.S. State Department angeregt, um zukünftige Verifikationstechnologien und Werkzeuge zur Abrüstung von nuklearen Sprengköpfen näher zu erforschen. Bisher nehmen 25 Staaten daran teil, darunter die P5, die fünf Nuklearwaffenstaaten (USA, Russland, China, Frankreich, Großbritannien).



US-Botschafter Robert Wood begrüßt die Teilnehmer/-innen des IPNDV-Arbeitstreffens in der ständigen Vertretung der USA in Genf

Die IPNDV-Initiative ist das einzige noch kontinuierlich tagende Abrüstungsforum, in dem noch konstruktiv zu Fragen der nuklearen Abrüstung gearbeitet wird. Eine multilaterale Zerstörung von nuklearen Sprengköpfen unter der Beobachtung von Nichtkernwaffenstaaten wurde bisher noch nie durch geführt. Für diese Zwecke müssen neue Inspektionen, Protokolle und Technologien entwickelt und erprobt werden.

In den vergangenen zwei Jahren wurden in der leitenden IPNDV-Arbeitsgruppe 1 „Monitoring and Verification Objectives“ über 15 Papiere vorbereitet und diskutiert. Nach Treffen in Oslo, Tokio, Abu Dhabi und Berlin fand vom 28.-30. Juni 2017 in der amerikanischen Botschaft in Genf der letzte Workshop vor dem Plenartreffen in Buenos Aires statt. Bis dato ging es sowohl um die Erarbeitung von Verifikationszielen, Verfahren und Anforderungen, die bei der physischen Zerlegung von Nuklearsprengköpfen auftreten, als auch

um Fragen der Vertrauensbildung, der technischen Fähigkeiten von Staaten und um die Anforderungen für künftige Inspektoren. In Genf wurden vorrangig Fragen der Transparenz, Irreversibilität und die künftige Ausrichtung der Initiative behandelt. Beim Abschlussplenum wird jede Arbeitsgruppe mehrere öffentliche Konsensdokumente verabschieden, die künftigen

Verhandler/-innen als Grundlage für weitere Abrüstungsverträge dienen.

Am IPNDV-Prozess sind sowohl Diplomaten/-innen der entsprechenden Außenministerien wie auch technische Expert/-innen beteiligt. Als offizieller Vertreter Deutschlands für die Arbeitsgruppe 1 nahm Götz Neuneck (IFSH/IFAR) an dem dreitägigen Treffen in Genf teil. IFAR hat bereits Papiere zu „den technischen Begriffen“ (Glossar), zu den Verifikationsprinzipien, zu den künftigen Szenarien und dem Problem der Irreversibilität von Abrüstung beigetragen. Die IFAR-Teilnahme findet in enger Koordination mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (Prof. Gerald Kirchner) und dem Forschungszentrum Jülich (Dr. Irmgard Niemeyer) statt, die jeweils in den anderen Arbeitsgruppen vertreten sind und wie IFAR vom Auswärtigen Amt gefördert werden.

Kontakt: *Götz Neuneck*

neuneck@ifsb.de



Bausteine einer inklusiven europäischen Friedensordnung — Quadrolog in Warschau —

Am 6./7. Juni 2017 veranstaltete die Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau ein Expert/-innengespräch in kleinerem Kreis zu Fragen der politischen und rechtlichen Elemente einer inklusiven europäischen Friedensordnung, zu dem Teilnehmer/-innen aus Deutschland, Polen, Russland und der Ukraine eingeladen waren. In seinem Einleitungsreferat riss Wolfgang Zellner, Geschäftsführender Ko-Direktor des IFSH, drei Themenblöcke an: Er untersuchte die unterschiedlichen Dissensfelder zwischen Russland und dem Westen mit dem Kern eines grundlegenden Streits über den Charakter einer künftigen europäischen Ordnung. Des Weiteren skizzierte er normative, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Elemente einer solchen Ordnung. Abschließend betonte Zellner, dass völlig offen sei, ob man jemals zu einer solchen inklusiven und kooperativen Ordnung kommen werde. Es sei offensichtlich, dass die gegenwärtigen Differenzen so grundlegend seien, dass es einer Zwischenstufe bedürfe, einer Art Modus-Vivendi-Beziehung, die sich primär auf konkrete Interessen und weniger auf eine grundlegende Normenkonvergenz gründen würde.

In der Diskussion wurde schnell Konsens darüber erzielt, dass es nicht um eine Wiedererrichtung oder Wiederherstellung einer histo-

rischen Ordnung ginge, sondern um etwas Neues. Die ganze Rhetorik des „Wieder“-Herstellens, -Aufnehmens etc. führe in die Irre. Weniger Konsens war in der Frage zu verzeichnen, ob der Westen gegenüber Russland eine aktive Angebotspolitik betreiben oder auf russische Initiativen warten solle. Letzteres wurde vor allem von den Teilnehmer/-innen aus Polen und der Ukraine favorisiert. Schließlich versuchte die Expert/-innenrunde, möglichst innovative Vorschläge für eine Modus-Vivendi-Beziehung zwischen dem Westen und Russland zusammenzustellen. Dabei musste man allerdings feststellen, dass die gefundenen Vorschläge fast alle schon einmal irgendwo erörtert oder sogar staatlicherseits verhandelt worden waren. Wirkliche Innovation ist schwierig!

Die Warschauer Veranstaltung, der Anfang November 2017 eine größere, aus mehreren Expert/-innenrunden gespeiste Konferenz folgen soll, war ein erfreulicher Anfang für die so dringend notwendige, bisher aber noch kaum geführte Diskussion über die Substanz einer künftigen europäischen Ordnung und den Weg dorthin.

Kontakt: Wolfgang Zellner

zellner@ifsb.de

„Anthropocene Mobilities – The Politics of Movement in an Age of Change“ Internationaler Workshop des IFSH und des Exzellenzclusters CliSAP

Das Anthropozän ist das Zeitalter, in dem die Menschheit die Kontrolle über den Planeten übernommen und das Erdsystem aus dem Gleichgewicht gebracht hat, mit signifikanten Effekten für die globale menschliche und nichtmenschliche Mobilität.

Am 1./2. Juni 2017 fand, gefördert durch das Exzellenzcluster „Climate System Analysis and Prediction“ (CliSAP), ein internationaler, hochrangig besetzter Workshop zum Thema „Anthropocene Mobilities – The Politics of Movement in an Age of Change“ statt. Er wurde von Christiane Fröhlich (CliSAP/CEN) und Delf Rothe (IFSH) organisiert und versammelte Wissenschaftler/-innen aus Europa, den USA und Australien. Der Workshop machte sich diese Perspektive auf planetarischen Wandel zunutze, um die Debatte um umwelt- oder klimabedingte Migration und ihre politischen Folgen weiterzuentwickeln, und betrat damit konzeptionell und analytisch Neuland.

Mit Beiträgen unter anderem von David Chandler (University of Westminster), Jon Barnett (University of Melbourne), Jairus Grove (University of Hawaii, Manoa), Kyle Whyte (Michigan State University), Madeleine Fagan (Warwick University) und Silja Klepp (Universität



Christiane Fröhlich und Delf Rothe bei der Eröffnung des Workshops

Kiel) leistete die Veranstaltung einen Beitrag für ein grundsätzliches Umdenken in Bezug auf die herrschenden ontologischen Kategorien in der Forschung zu umweltbedingter Migration. Die Diskussionen zielten darauf ab, einen neuen analytischen Rahmen zu entwickeln, der die Prozesse menschlicher Mobilität innerhalb ihrer spezifischen, hybriden sozio-natürlichen Kontexte analysiert. Er ermöglichte einen fruchtbaren Dialog zwischen Expert/-innen, die sich mit Klimawandel und menschlicher Mobilität beschäftigen, sowie mit Forscher/-innen, die das Konzept des Anthropozän, seine theoretischen und normativen Implikationen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen. Eine öffentliche Podiumsdiskussion mit Andrew Baldwin (Durham University), Jairus Grove und Silja Klepp, moderiert von der Sprecherin

des Exzellenzclusters CliSAP Anita Engels, brachte die Inhalte der Veranstaltung der interessierten Öffentlichkeit nahe. Die Ergebnisse des Workshops werden in einer gemeinsamen Publikation veröffentlicht.

Kontakt:

Christiane Fröhlich

Delf Rothe

christiane.froehlich@uni-bamberg.de

rothe@ifsb.de

Vortragsreihe “Essentials in Peace & Security” David Chandler zu Gast am IFSH

Am 31. Mai 2017 besuchte Prof. David Chandler von der University of Westminster auf Einladung der IFSH-Querschnittsarbeitsgruppe 2 (“Veränderung Globaler Machtstrukturen und Normen”) das Institut. In seinem Vortrag stellte er die wesentlichen Erkenntnisse aus seinem neuen Buch “Peacebuilding – The Twenty Years’ Crisis

1997-2017“ (Palgrave Macmillan 2017) vor. David Chandler setzt sich in seinem Buch kritisch mit den Grundannahmen auseinander, auf denen die wechselnden Praktiken des Peacebuilding der letzten zwanzig Jahre beruht haben. Schwindende Zuversicht in die Möglichkeit, Nachkriegsgesellschaften nach dem Vorbild westlicher Demokrati-



en umzugestalten, reihte sich ein in eine zunehmende Skepsis, mit zielgerichteten Peacebuilding-Ansätzen den komplexen Akteurs- und Problemkonstellationen vor Ort besser Rechnung tragen zu können. Doch auch die in den vergangenen Jahren entwickelten „lokalen“ Ansätze hält Chandler für mehr oder weniger gescheitert.

Kommentiert wurden Chandlers Ausführungen von Anna Geis, Professorin für Internationale Beziehungen der an der Helmut-Schmidt-Universität Ham-



David Chandler und Anna Geis

burg. Sie bestätigte und ergänzte die kritischen Thesen David Chandlers, wobei sie die Diskussion um die „Krise des Peacebuilding“ in die breitere Debatte um die Krise des westlichen Liberalismus und der westlichen Demokratie einbettete. An den Vortrag David Chandlers und die Kommentare von Anna Geis schloss sich eine lebhaft und kontroverse Diskussion mit dem Publikum an. Moderiert wurde die Veranstaltung von Regina Heller, Leiterin der Querschnittsarbeitsgruppe 2.

Kontakt: Regina Heller beller@ifsb.de

PUBLIKATIONEN

PERSONALIEN

S+F Sicherheit und Frieden
Security and Peace

Herausgegeben von:
Prof. Dr. Michael Broeka
Dr. Walter E. Feichtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giesemann
Prof. Dr. Heiner Hänggi
Dr. Sabine Jaberg
Dr. Axel Krohn
Dr. Patricia Schneider

Themenschwerpunkt/Thematic Focus: PARLAMENTE, FRIEDEN UND SICHERHEIT PARLIAMENTS, PEACE AND SECURITY

Parlamente in der Friedens- und Sicherheitspolitik: Parlamentarische Kontrolle von Streitkräfteeinsätzen im Licht der Forschung
Patrick A. Mello und Dirk Peters

The Bundestag as a Champion of Parliamentary Control of Military Missions
Wolfgang Wagner

No Pullman for „Wars of Choice“ – Der US-Kongress und die Auseinandersetzung über die militärische Interventionenpolitik in der Ära Obama
Florian Böller

Who is Pulling the Policy? – The Role of Parliament in Police Governance in Asia and Europe
Mario J. Aguja and Hans Born

Scrutinizing arms exports in Europe: The reciprocal relationship between transparency and parliamentary control
Diederik Cops, Nils Duquet and Gregory Gourdin

Inter-parliamentary cooperation: An answer to the double democratic deficit in the area of CSDP and CSDF?
Oliver Schwarz

Weiterer Beitrag von Maximilian Lakitsch

2017
35. Jahrgang
ISSN 0175-2794

Nomos

S+F.Sicherheit und Frieden, Heft 2/2017: Parlamente, Frieden und Sicherheit

Seit gut zwei Jahrzehnten kann in vielen Demokratien eine zunehmende Mitwirkung der Parlamente bei der Formulierung und Umsetzung von Friedens- und Sicherheitspolitik festgestellt werden. Der Themenschwerpunkt dieser von **Heiner Hänggi** herausgegebenen Ausgabe umfasst eine Reihe von Beiträgen, die diesen Trend nicht zuletzt mit Blick auf dessen friedenspolitische Relevanz einer genaueren Prüfung unterziehen.

Drei Beiträge befassen sich mit der parlamentarischen Mitwirkung bei Truppenentsendungen ins Ausland.

Patrick A. Mello und **Dirk Peters** identifizieren diesbezüglich drei ausschlaggebende Haupttrends. Die beiden nachfolgenden Beiträge befassen sich mit Fallstudien: der deutsche Bundestag und der US-amerikanische Kongress. **Wolfgang Wagner** zeigt auf, wie militärische Auslandseinsätze im Bundestag entlang der Links/Rechts-Achse bearbeitet werden. **Florian Böller** widerlegt die gängige Annahme, dass die „War Powers“ des US-amerikanischen Kongresses mangelhaft oder dysfunktional seien. Die Beispiele der militärischen Interventionen der USA in Libyen (2011) und gegen den sogenannten ISIS (2014) zeigen, dass sich der US-Kongress durchaus strategisch verhalten hat. Eine zweite Gruppe von Beiträgen geht über den Fokus der parlamentarischen Mitwirkung bei militärische Auslandseinsätzen hinaus. **Mario J. Aguja** und **Hans Born** vergleichen die Rolle der Parlamente in der Polizei-Governanz in unterschiedlichen Kontexten ausgewählter Länder Asiens und Europas, wo Parlamente ihre Grundfunktionen der Gesetzgebung, Budgetkontrolle und Oberaufsicht auch gegenüber der Polizei durchaus wahrnehmen. **Diederik Cops**, **Nils Duquet** und **Gregory Gourdin** erörtern die zunehmende Bedeutung der Parlamente bei der Kontrolle von Waffenexportrestriktionen. Sie vergleichen das Niveau der Transparenz bei Waffenexporten in acht Mitgliedstaaten der EU mit dem Ausmaß der parlamentarischen Kontrolle und stellen dabei eine positive Beziehung fest: Je höher die Transparenz bei Waffenexporten ist, desto aktiver gestaltet sich die parlamentarische Kontrolle. Abschließend folgt ein Beitrag von **Oliver Schwarz** über die Rolle der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP), deren „doppeltes demokratisches Defizit“ (auf der nationalen wie der internationalen Ebene) häufig kritisiert wird.

Außerhalb des Themenschwerpunkts befasst sich Maximilian Lakitsch mit nationalen Wurzeln sektiererischer Gewalt im Krieg in Syrien.

Kontakt: Patricia Schneider schneider@ifsb.de



Seit Mai 2017 ist **Elvira Rosert** Juniorprofessorin für Politikwissenschaft, insbesondere Internationale Beziehungen, am IFSH und an der Universität Hamburg. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie Humanitäres Völkerrecht, Theorien internationaler Normen und Institutionen sowie Forschungsdesigns und Forschungsmethoden. Vor ihrem Wechsel nach Hamburg hat Elvira Rosert am Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht an der Universität Gießen gearbeitet und sich dabei insbesondere mit Völkerrechtssoziologie beschäftigt. Zuvor war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und an der Goethe-Universität Frankfurt. An der HSFK war sie Doktorandin im Programmbereich „Rüstungskontrolle und Abrüstung“ und PostDoc in der Forschungsgruppe „Konflikt und normativer Wandel“. An der Goethe-Universität arbeitete sie an der Professur für Internationale Institutionen und Friedensprozesse. Sie lehrte in den BA- und MA-Studiengängen und verfasste gemeinsam mit Prof. Tanja Brühl ein Lehrbuch zu den Vereinten Nationen. Ihre Doktorarbeit über die Verbote von Streumunition, Brandwaffen und Landminen führte sie zu einem sechsmonatigen Forschungsaufenthalt an die University of British Columbia in Vancouver. 2016 wurde Elvira Rosert an der Goethe-Universität promoviert. In Hamburg wird sie weiterhin zu inhumanen Waffen, zum Schutz bestimmter Personen in bewaffneten Konflikten und zur Rolle internationaler Institutionen in der Weltpolitik forschen. Sie freut sich auf Ihre Lehrveranstaltungen zu Theorien der Internationalen Beziehungen, internationaler Sicherheit und Forschungsmethoden, die sie an der Universität Hamburg und im Master of Peace and Security am IFSH anbieten wird.

Kontakt: Elvira Rosert rosert@ifsb.de

IFSH aktuell
Ausgabe 120
Mai – Juni 2017
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Susanne Bund,
Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsb.de · <http://www.ifsb.de>